

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstügingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstügingrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 101.

57. Jahrgang.
Mittwoch, den 4. Mai

1910.

Bekanntmachung.

Die Geschäftszeit ist von jetzt ab an den **Sonnabenden** und an den dem **Weihnachtsfest** und dem **Neujahrsfest** vorausgehenden **Vertagen von 8 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.** festgesetzt.

Nach 3 Uhr werden an den genannten Tagen **nur dringliche Sachen** erledigt.

Eibenstock, am 2. Mai 1910.

Königliches Hauptzollamt.

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Am **Sonntag, den 8. Mai 1910** finden **Übungen der städtischen Pflichtfeuerwehr** statt und zwar **früh 6 Uhr: Spritzenmannschaft im Parkgärtchen, vormittags 1/2 12 Uhr: Rettungs- und Absperrmannschaft im Schulgarten.**

Die **Feuerwehrauszeichnungen** sind von den Feuerwehrleuten bei Vermeidung ihrer Bestrafung anzulegen.

Nicht pünktliches Erscheinen sowie unentschuldigte Versäumnisse werden bestraft. **Abwesenheit vom Orte** gilt nur dann als genügender Entschuldigungsgrund, wenn der Nachweis einwandfrei erbracht wird, daß die Entfernung vom Orte **unauflösbar** war.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß im laufenden Feuerwehrdienstjahre die Mannschaften der Geburtsjahrgänge **1875, 1876 und 1884 bis mit 1887** dienstpflichtig sind.

Stadttrat Eibenstock, am 2. Mai 1910.

Hesse.

M. II.

Die **Ratsexpeditionen** bleiben **vorzunehmender Reinigung** halber **Montag, den 9. und Dienstag, den 10. Mai 1910** geschlossen.

Im **Stadtsamt** werden Anmeldungen von **Geburts- und Sterbefällen** vormittags von **8 bis 9 Uhr** entgegengenommen.

Das **Schamamt** ist von **5 bis 6 Uhr nachmittags** geöffnet.

Stadttrat Eibenstock, den 3. Mai 1910.

Hesse.

M.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Das Kaiserpaar ist am Sonntag in Wiesbaden eingetroffen. Der Reichskanzler wußte sich am heutigen Dienstag an das kaiserliche Hoflager nach Wiesbaden begeben.

Keine Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Herzog von Cumberland. Die „Braunschweigischen neuesten Nachrichten“ sind ermächtigt, folgendes zu veröffentlichen: Der Herzog von Cumberland wird vor der Taufe des jungen Großherzogs Schwerin verlassen. Der Herzog und die Herzogin haben niemals die Absicht gehabt, bis zu den Tauffeierlichkeiten in Schwerin zu verweilen oder zur Taufe dorthin zurückzukehren. Sie haben vielmehr bereits bei Beendigung ihres Besuchs in Schwerin dem Wunsche Ausdruck gegeben, nur anlässlich der Entbindung der Großherzogin und während der für ihre Pflege wünschenswerten erscheinenden Zeit in Schwerin verweilen zu wollen.

Der Kaiser und die reichsländische Verfassungsfrage. Gelegentlich der Tafel bei dem Bezirkspräsidenten Graf Zepelin-Alschhausen unterhielt sich der Kaiser, nach der „Frankf. Ztg.“, eingehend mit dem Reichstagsabgeordneten Dr. Grégoire über die elsass-lothringische Verfassungsfrage. Der Kaiser will den Wünschen Elsaß-Lothringens in jeder Beziehung Rechnung tragen. Er versichert, daß er seinerseits der schnellen Lösung der Frage keine Schwierigkeiten in den Weg legen wolle. Bezüglich der parlamentarischen Vertretung des Landes wünschte der Kaiser ein Zweikammer-System, der Kaiser wiederholte seine Straßburger Aeußerung, daß er selbst Landesherren von Elsaß-Lothringen bleiben werde.

Dementi. Die nach Straßburg gelangte Meldung, verschiedene Bundesstaaten hätten gegen die Erhebung Elsaß-Lothringens zum Bundesstaat Einspruch im Bundesrat erhoben, ist vollständig überholt. Bisher ist die Angelegenheit überhaupt noch nicht an den Bundesrat gelangt. Daraus ergibt sich auch die weitere Nachricht von einer Vertagung des Beschlusses auf unbestimmte Zeit. Es war von Anfang an in Aussicht genommen, daß der übrige noch nicht endgültig feststehende Entwurf erst im Herbst dem Bundesrat vorgelegt werden soll.

Zur Reichsversicherungsordnung. Die Kommission zur Beratung des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung hat zunächst zur Beurteilung einzelner Fragen die Beschaffung weiteren Ma-

terials von seiten des zuständigen Ressorts beantragt. Von besonderer Wichtigkeit sind in dieser Beziehung die gewünschten Unterlagen für die Kosten des lokalen Unterbaues, der Versicherungsämter. Um über diese viel umstrittene Frage ein klares Bild zu bekommen, wird für zwei preussische Provinzen ein Plan für die Einrichtung der Versicherungsämter entworfen werden, der über alle Einzelheiten in bezug auf Beamte, Ermietung von Räumlichkeiten und sonstige Geschäftskosten Auskunft geben soll. Eine bedeutungsvolle Kundgebung gegen die Reichsversicherungsordnung ist noch in letzter Stunde erfolgt: auf Anregung der medizinischen Fakultät der Universität Jena haben fast alle medizinischen Fakultäten Deutschlands eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet. Sie enthält über 150 Unterschriften ordentlicher Professoren. Die Eingabe machte auf die Gefahren der neuen Gesetzgebung aufmerksam und erklärte die Solidarität der akademischen Lehrer mit den Wünschen der Ärzteschaft, wie sie der Berliner Arztetag und Sanitätsrat Dr. Mugdan im Reichstag ausgesprochen haben.

Zur Frage der Schiffsabgaben schreibt das „Chemn. Tagebl.“: Die Verhandlungen sind, entgegen anders lautenden Meldungen, auch heute noch nicht abgeschlossen, sondern schweben noch. Infolgedessen kann auch von einer vollständigen Einigung zwischen der sächsischen und der preussischen Regierung, wie dies von einem Telegraphenbureau verbreitet wurde, durchaus noch nicht die Rede sein. Tatsächlich muß man jedoch nach dem jetzigen Stande der Angelegenheit trotz des energischen Widerspruchs der sächsischen und der badischen Regierung mit der Einführung der Schiffsabgaben in Sachsen rechnen. Preußen hat nach der bekannten Abstimmung an die sächsische Regierung die Aufforderung gerichtet, seinen ablehnenden Standpunkt aufzugeben, da es sonst für den Fall der Einführung der Abgaben nicht möglich sein werde, den sächsischen Interessenten Konzessionen zu machen. Infolgedessen befand sich die sächsische Regierung in einer Zwangslage und mußte, unter der Bedingung, daß die preussische Regierung den sächsischen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung tragen werde, seine Zustimmung für Einführung der Schiffsabgaben im Bundesrat in Aussicht stellen. Darauf sind die Verhandlungen erneut aufgenommen worden und seitens der sächsischen Regierung ist eine durchgreifende Abänderung der ganzen Vorlage durchgesetzt worden, wobei besonders die sächsischen Schiffsabgabeninteressen und diejenigen von Handel und Industrie ins Auge gefaßt worden sind. Insbesondere ist eine anderweitige Staffelung der Abgaben, niedrigere Tarife

für Güter, die besonders auf der sächsischen Elbestrecke verschifft werden, sowie der Ausbau der oberen Saale in Aussicht genommen worden. Auf dieser Basis dürften die auch tatsächlich jetzt noch schwebenden Verhandlungen demnächst zum Abschluß kommen und man kann wohl sagen, daß seitens der sächsischen Regierung alles getan worden ist, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Ob Preußen durch besondere Konzessionen die Zustimmung Oesterreichs und der Niederlande zur Einführung der Abgaben noch erzielen wird, läßt sich heute natürlich mit Bestimmtheit noch nicht sagen. Man kann jedoch annehmen, daß die preussische Regierung auch nach dieser Richtung hin kein Mittel unversucht lassen wird, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Die Bödner Luftschiffmanöver sind am Sonnabend beendet worden. Freiherr von Lyncker dankte den gesamten an den Manövern beteiligten Offizieren und dem Personal für die Mithilfe und aufopfernde Tätigkeit. Er erklärte dabei nochmals in bezug auf die Ballonkatastrophe, daß niemand die Schuld an dem Unfall zugunessen sei, auch der Kaiser habe betont, daß nur durch die Verhütung einer Reihe unglücklicher Zufälle das Unglück herbeigeführt worden sei. Auch für die Folge sollen Luftschiffmanöver bei jeder Bitterung ausgeführt werden, um die Leistungs- und Manövrierfähigkeit der Ballons zu erproben. Es bestätigt sich übrigens, daß auch das Militärluftschiff „M. 2“ kurz vor der Ankunft in Homburg einen Maschinendefekt erlitten hat.

In Berlin ist am Sonntag mittag die erste Allgemeine deutsche Städtebau-Ausstellung eröffnet worden.

Deutsche Kolonien.

Eisenbahnbaubeginn in Deutschsüdwest. Nach einer am 29. v. Mts. an amtlicher Stelle eingetroffenen Meldung sind die Bauarbeiten beim Umbau der Staatsbahn Karibib-Windhuf am 25. April mit 550 Arbeitern begonnen worden. Zu den Beschlüssen des Bundesrats, der sich für die durch das Ausgebirge führende Trace der Nord-Südbahn (Windhuf-Rehoboth-Gibeon-Reetmanshoop) entschieden hat, ist noch zu erwähnen, daß der Bundesrat außerdem die Erbauung einer südwestafrikanischen Ostbahn (Windhuf-Gobabis) für wünschenswert erklärt hat. Die südwestafrikanischen Eisenbahnbauten sind demnach nunmehr an drei verschiedenen Stellen gleichzeitig in Angriff genommen worden. Von Gibeon (Reetmanshoop) her wird der Schienenstrang durch die Firma Benz u. Co. auf Gibeon vorgeschoben, von Windhuf her ist durch die Firma Koppel der Bau südwärts begonnen